Im weiteren Verlauf des Vortrags wurden gesellschaftliche Entwicklungen aufgezeigt, die dazu führen, dass sich der Mensch nicht mehr als verantwortliche*r Akteur*in begreift. Als Folgen wurden Entfremdung, der Verlust der Selbstwirksamkeit, Vereinzelung, fehlende Empathie für den Mitmenschen und allgemeine Gleichgültigkeit genannt, in dem auch das Gefühl für das Allgemeinwohl verloren gehen würde. Konkrete Abwehrmechanismen zeigen sich dann darin, dass Menschen davon ausgehen, dass z.B. nur die Politik für Lösungen zuständig wäre, die Klimakrise nicht im eigenen Lebensumfeld stattfindet, Feindbilder entwickelt werden oder dass man seine Mülltrennung schlichtweg mit Fernreisen verrechnet. Habibi-Kohlen: "Wir sind sowohl Opfer als auch Täter*innen und wir fühlen uns einfach ohnmächtig. All das hängt auch mit der zunehmenden Komplexität der Welt zusammen, in der es keine einfachen Lösungen aibt. Doch Psychotherapeut*innen wissen um diese psychischen Prozesse. Sie kennen Möglichkeiten der Bewältigung und können Zusammenhänge verstehbar machen. Darüber hinaus wird es mehr und mehr Patient*innen mit Klimaängsten geben und die Psychotherapeut*innenschaft sich auch deshalb mit der Thematik auseinandersetzen, gerade weil wir ja auch selbst Betroffene sind", betonte Habibi-Kohlen.

Wie kann konstruktiv damit umgegangen werden?

Neben dem Aufzeigen der Abwehr- und Spaltungsmechanismen war es ein wichtiger Aspekt der Veranstaltung, auch über Bewältigungs- und Handlungsmöglichkeiten zu sprechen. Dabei wurde klar, dass es immens wichtig ist, über die Klimagefühle zu sprechen und sich mit anderen und der Welt wieder verbunden zu fühlen. "Wir müssen trauern und wir müssen uns wirksam fühlen können. Wir brauchen einen interdisziplinären Austausch und wir brauchen eine eigene reflektierte Haltung. Indem wir uns in unserem eigenen (überschaubaren) Umfeld mitteilen und uns untereinander verbinden, werden wir wirk-mächtig. Wir können im gegenseitigen Austausch lernen, uns wieder zuständig und kompetent zu fühlen und das Persönliche als politisch zu begreifen", erläuterte Habibi-Kohlen.

In der anschließenden Diskussion konnten Fragen beantwortet und Erfahrungen geteilt werden. Insbesondere die Frage, wie man denn selbst aktiv werden könne, war dabei von großem Interesse. Hierbei wurde noch einmal deutlich, dass es als erster Schritt wichtig sei, in den Austausch mit anderen zu kommen, sei es in Fachkreisen, beim Ehrenamt in der Nachbarschaft, der Gemeinde/dem Bezirk, Schulvorträgen oder im Gespräch mit den zuständigen Abgeordneten. Fazit: Nur, wenn wir die Dinge besprechbar machen, können wir sie verändern.

Kammerpräsidentin Eva Schweitzer-Köhn fasste zusammen: "Wir müssen uns verbinden und unsere Expertise zu den psychischen Aspekten der Klimakrise in die Gesellschaft und Politik einbringen. Und: Wir brauchen Ambiguitätstoleranz. Vielen Dank für den umfangreichen und interessanten Vortrag!"

Auch viele Teilnehmende bedankten sich für den Vortrag und teilten ihre eigenen Gefühle mit:

- "Danke für die Darstellung der Entfremdung. Das hat mir im Verstehen sehr weitergeholfen"…;
- "Danke für die Anregungen"…;
- "Vielen Dank für den Vortrag. Dieser hat mir Angst gemacht, aber auch Hoffnung und Verbundenheit geweckt".

Franziska Sommerfeld

Weitere Informationen:

Link zu den Grafiken © Nina Schumann: www.psychotherapeutenkammer-berlin.de/media/2495

Auf der Webseite der Psy4F (Psychologists for Future / Psychotherapists for Future) gibt es Hinweise, die den Einstieg ins Engagement erleichtern. Sie richten sich an ein allgemeines Publikum: https://daskannstdutun.de/

Klimawissenschaftler*innen berichten von ihren Emotionen: www.isthishow-youfeel.com/this-is-how-scientists-feel. html

Weintrobe, S. (2021). Psychological Roots of the Climate Crisis: Neoliberal Exceptionalism and the Culture of Uncare. London: Bloomsbury Academic.

Beck, U. (2008). Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit. Berlin: Suhrkamp.

Weiterbildung – neuster Stand und Finanzierung Informationsveranstaltung des Ausschusses für Aus-, Fort- und Weiterbildung (AFW) zum aktuellen Stand der Weiterbildungsreform

Am 05.12.2023 fand eine Informationsveranstaltung des Ausschusses für Aus, Fort- und Weiterbildung (AFW) zum aktuellen Stand der Weiterbildungsreform statt. Sie war eine Online-Veranstaltung und mit 378 Personen sehr gut besucht, vor allem Master-Student*innen,

Psychotherapeut*innen in Ausbildung (PiA) und Kammermitglieder nahmen an ihr teil. Alexandra Rohe, die Sprecherin des Ausschusses, hat sie eröffnet und darauf hingewiesen, dass weitere Veranstaltungen folgen werden.

Prof. Dr. Thomas Fydrich (HU Berlin), der selbst viele Jahre Mitglied des Ausschusses war, hat den Stand auf der Basis von Folien, die vom AFW-Ausschuss erarbeitet worden waren, zusammengefasst. Alexandra Rohe und Mechthild Lahme haben die Veranstaltung moderiert und Elodie Singer, Ronald Schelte und Manfred Thielen (alle, z. T. langjährige, Mitglieder des Ausschusses) haben die Fragen der Teilnehmer*innen beantwortet.

Im Unterschied zur bisherigen Approbationsausbildung findet die fünfjährige Weiterbildung nach einem abgeschlossenen Masterstudium in Klinischer Psychologie und Psychotherapie und Approbation als Psychotherapeut*in statt.

Ein wichtiger Grund für die Reform ist die absolut unbefriedigende und prekäre Situation der PiA, die für ihre Praktische Tätigkeit (PT) im Rahmen ihrer Ausbildung 1.000,- € brutto bekommen. In fast allen psychiatrischen, psychosomatischen, psychotherapeutischen und auch Rehabilitationskliniken wird die psychotherapeutische Versorgung aber im Wesentlichen von den PiA geleistet, die aber ökonomisch regelrecht ausgebeutet werden. Die Weiterbildung hingegen erfolgt in Hauptberuflichkeit, die Psychotherapeut*innen in Weiterbildung (PtW) sind sozialversicherungspflichtig angestellt und haben einen Anspruch auf eine angemessene Bezahlung.

Doch das ist gleichzeitig auch der große Pferdefuß der bisherigen Reform, dass trotz vielfältiger Aktivitäten wie Petition, Beschlüsse des Bundesrats und Bundestags, Gesetzesentwurf der BPtK, Demonstrationen, Beschlüssen des Deutschen Psychotherapeutentages, vielen Gesprächen mit Parteien und Abgeordneten, Gremienarbeit, Aktivitäten der Bundeskonferenz PiA, der Berufsverbände und Öffentlichkeitsarbeit, Bundesgesundheitsminister Lauterbach bisher nicht bereit ist, sich für die notwendige Finanzierung der Weiterbildung einzusetzen. Auf der Veranstaltung traf diese Situation auf berechtigte und massive Kritik, und es wurde einmal mehr deutlich, dass das Ziel der schnellen Finanzierung nur durch weiteren und kontinuierlichen politischen Druck erreicht werden kann.

Die fünfjährige Weiterbildung findet in einem von drei Gebieten statt: Psychotherapie für Erwachsene, Psychotherapie für Kinder- und Jugendliche, Neuropsychologische Psychotherapie. In den ersten beiden Gebieten kann man sich in den Richtlinienverfahren Psychoanalyse (PA), Tiefenpsychologisch fundierte Psychotherapie (TP), Verhaltenstherapie (VT) und Systemische Therapie (ST) weiterbilden. Das Gebiet Neuropsychologische Therapie kann mit TP, VT und ST, aber nicht mit PA kombiniert werden. Die Gebietsweiterbildung ist in eine mind. zweijährige stationäre, mind. zweijährige ambulante und fakultativ einjährige institutionelle Weiterbildung gegliedert und steht unter der Fachaufsicht der Psychotherapeutenkammer. Sie führt zur sozialrechtlichen Anerkennung.

Darüber hinaus gibt es noch eine Bereichsweiterbildung, in der sich neben den Richtlinienverfahren auch in Gesprächspsychotherapie (GPT) oder in Bereichen wie Schmerztherapie, Psychotherapie bei Diabetes und Sozialmedizin weitergebildet werden kann.

Die GPT wurde auf Initiative des AFW-Ausschusses in die Berliner Weiterbildungsordnung (WBO) aufgenommen. Eine Weiterbildung in GPT führt zur entsprechenden Qualifikation und einem ankündigungsfähigen Titel, z.B. auf dem Praxisschild. Auf der Bundesebene wurde ihre Aufnahme in die Musterweiterbildungsordnung (MWBO) mit 53:50 Stimmen leider ganz knapp abgelehnt, mit dem Argument, zunächst das Votum des Wissenschaftlichen Beirates Psychotherapie (WBP) abzuwarten, der die wissenschaftliche Anerkanntheit der GPT zurzeit überprüft. Die GPT ist neben Berlin auch noch in Hessen und Hamburg in der jeweiligen WBO als Bereichsweiterbildung enthalten.

Die meisten Fragen der Teilnehmer*innen drehten sich um die Struktur und die Anforderungen der Weiterbildung. Eine besondere Rolle spiel-

te natürlich die noch nicht vorhandene Finanzierung, deshalb riefen die Vertreter*innen des AFW-Ausschusses alle Teilnehmer*innen auf, sich entsprechend berufspolitisch zu engagieren.

Denjenigen, die gerade ihren Master in Psychotherapie abgeschlossen haben, brannte natürlich die Frage unter den Nägeln, ob sie jetzt die Approbationsprüfung machen sollen, obwohl die Weiterbildung finanziell bisher in keiner Weise gesichert ist? Oder, ob sie mit der bisherigen Approbationsausbildung beginnen sollen, obwohl sie bereits die formalen Voraussetzungen für eine Approbation mit dem Abschluss ihres Studiums erfüllt haben? In Berlin ist eine Doppelapprobation möglich, einige Master-Absolvierende haben sich auf diesem Hintergrund für die "alte" Approbationsausbildung, die noch in einer Übergangszeit bis 2032 angeboten wird, entschieden. Diese Übergangsregelung greift allerdings nur, wenn das Studium vor dem 01.09.2020 aufgenommen wurde.

Was können Neuapprobierte, die aktuell noch keine Weiterbildung machen können, beruflich tun? Eine Reihe von ihnen hat sich in Kliniken beworben und zum Teil haben sie auch eine Anstellung bekommen, doch bezüglich ihrer Bezahlung gibt es bisher noch keine einheitliche Regelung. Es war Konsens, dass sie als Einstiegsgehalt TVöD 14 fordern sollen, da sie auch entsprechend qualifiziert sind.

Die Weiterbildung ist in Abhängigkeit vom Versorgungsbereich auch in Teilzeit möglich (25 % bzw. 50 %), sie verlängert sich dann zeitlich entsprechend.

Die AFW-Infoveranstaltung war der erfolgreiche Auftakt einer Veranstaltungsreihe. Die Folien des Vortrages können unter www.psychotherapeutenkammer-berlin.de/media/2494 heruntergeladen werden.

Manfred Thielen